

Beromünster

Vier Gründe führten zum Ortsplanungs-Nein

Nach einem ersten Schock beim Nein zur Ortsplanung im Mai herrschte grosse Unsicherheit. Bis heute weiss niemand warum die Ortsplanung konkret abgelehnt wurde. Nun sind die Ergebnisse der Umfrage da – und zeigen mitunter Überraschendes.

Sandro Portmann

Gleich vorweg: Den einen Grund gab es nicht. Das Nein zur Ortsplanungsrevision im Mai – 53 Prozent lehnten die Vorlage ab – hatte verschiedene Gründe. Zu diesem Schluss kommt das Marktforschungsinstitut gfs.bern, das im Auftrag der Gemeinde Beromünster eine Umfrage bei der Bevölkerung durchführte. 1032 Personen nahmen daran teil. «Vier Gründe scheinen bei näherer Betrachtung besonders zentral», heisst es im nun vorliegenden Schlussbericht. Erstens habe die Komplexität der Vorlage einen grossen Teil der Bevölkerung verunsichert. 54 Prozent gaben bei der Umfrage an, dass es schwierig gewesen sei, sich zur Vorlage ein Bild zu machen. «Das ist für eine Behördenvorlage mit einer dermassen langen Vorgeschichte überraschend», so das Fazit der Analysten. Meist würden die Stimmbürger auch bei komplexen Fragen Wege finden, sich zu entscheiden. Obwohl die Gemeinde sechs Jahre lang in Partizipation mit der Bevölkerung an der Ortsplanungsrevision gearbeitet hat, waren an der Urne viele verunsichert. Eine Mehrheit der Stimmbürger hat sich laut der Umfrage mehr Informationen vom Gemeinderat gewünscht. 55 Prozent fanden, dass die Behörden im Vorfeld zu wenig informierten. Nur 26 Prozent empfanden die Informationsmenge als «gerade richtig». Mit fatalen Folgen: Offene Fragen würden am Schluss eher dazu führen, dass man den Status quo wählt – also Ablehnung statt Reform. «Schon fast symbolhaft ist in diesem Zusammenhang die hohe Wirkungskraft des anonymen Flugblatts auf die Entscheidungsfindung. Augenscheinlich baute es ideal auf der allgemeinen Verunsicherung auf und verstärkte sie», heisst es dazu. Dabei spiele beim Nein das Thema der Verdichtung nur eine untergeordnete Rolle, denn 63 Prozent aller Stimmberechtigten sprachen sich für den Verdichtungsgedanken aus, entgegen einer Minderheit von 31 Prozent. «Sogar unter den Personen, welche die Vorlage abgelehnt haben, votieren 57 Prozent grundsätzlich für Verdichtung», heisst es in der Analyse.

Zwei Ortsteile sagten Ja

Zweitens spielte bei dem Nein die Ablehnung der Alteingesessenen mit, die laut Umfrage eine überdurchschnittliche Stimmbeteiligung aufwiesen. So sprechen sich Personen mit einer Wohndauer von über 20 (57 Prozent) Jahren, respektive seit Geburt (56 Prozent) am stärksten gegen die Vorlage aus. Personen mit einer Wohndauer zwischen fünf und zehn Jahren stimmten der Ortsplanungsrevision deutlich mit 69 Prozent zu. Das war zwar keine Überraschung, wie es im Bericht von «gfs.bern» heisst: «Fest verankerte, langjährige Einwohner tun sich erfahrungsgemäss schwer mit solchen Neuerungen.» Dieser Umstand alleine hätte auch nicht zur Ablehnung genügt, sondern war ein Mosaik von mehreren Gründen. Parteipolitisch stiess die Vorlage vor allem in der Mitte auf Zustimmung, während sie in linksgrünen Kreisen und bei Anhängern der SVP klar verworfen wurde. Wobei die CVP am besten mobilisierte, wie sich bei der Frage nach der Teilnahme zeigte. Überraschend: «Die FDP als zweite im Gemeinderat vertretene Partei mobilisierte nur leicht unterdurchschnittlich», heisst es im Bericht. Allerdings sprachen sich die

FDP-Sympathisanten auch am deutlichsten für die Vorlage aus. Was sagt der Gemeindepräsident zum Umstand, dass seine Partei, die FDP, verhältnismässig wenig an die Urne ging? «Einerseits ist es uns zwar nicht gelungen, stark zu mobilisieren, andererseits war die FDP am deutlichsten für die Vorlage», relativiert Hans-Peter Arnold auf Nachfrage. Überraschend ist auch, dass einzelne Ortsteile der Vorlage zustimmten. Während die Ortsplanungsrevision in Beromünster und Gunzwil mehrheitlich abgelehnt wurde, stiess sie in Neudorf (57 Prozent Ja-Stimmen) und Schwarzenbach (62 Prozent Ja-Stimmen) auf Zustimmung. Laut Analyse ist dies ein Hinweis darauf, dass das Scheitern an der Urne nicht zuletzt auch mit den geplanten Bauprojekten zu tun hat, womit wir beim dritten Grund der Ablehnung wären.

Kritik Bärgmättli-Standort

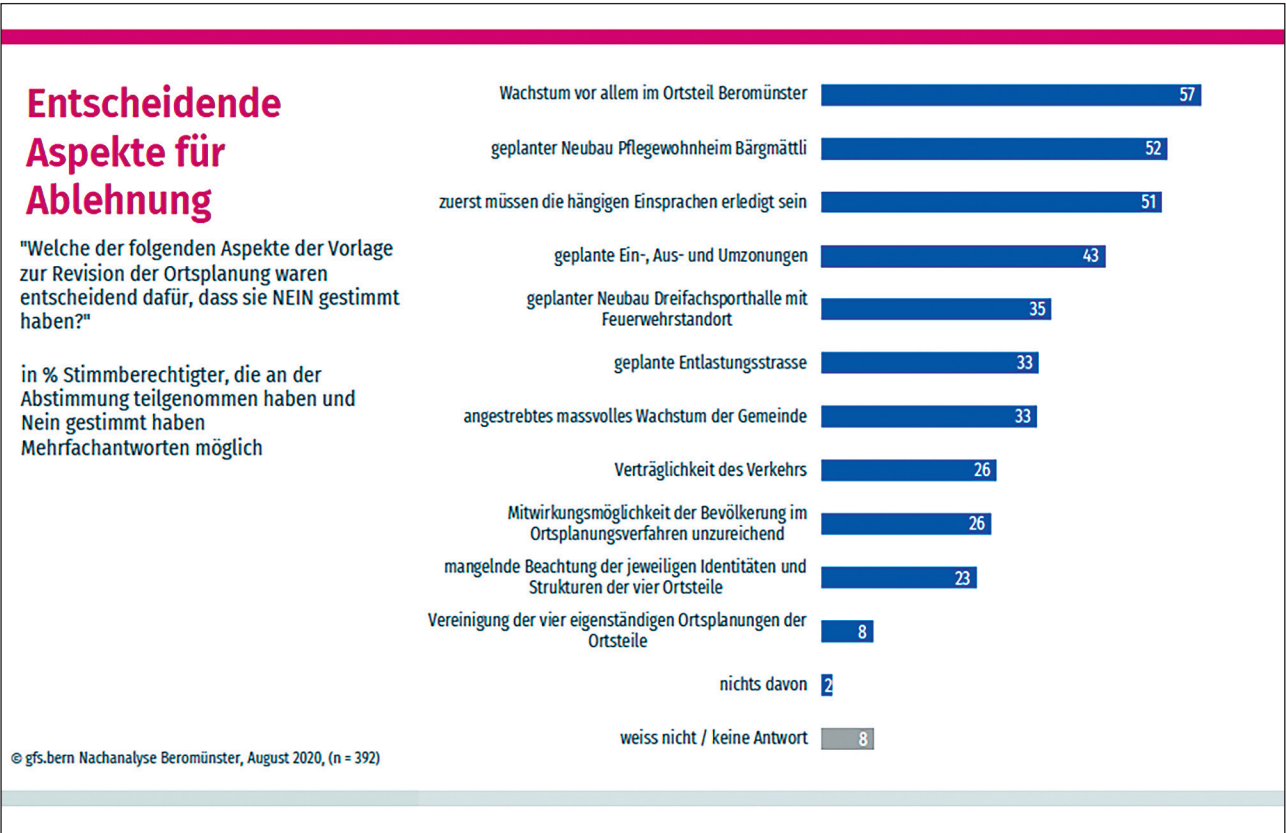
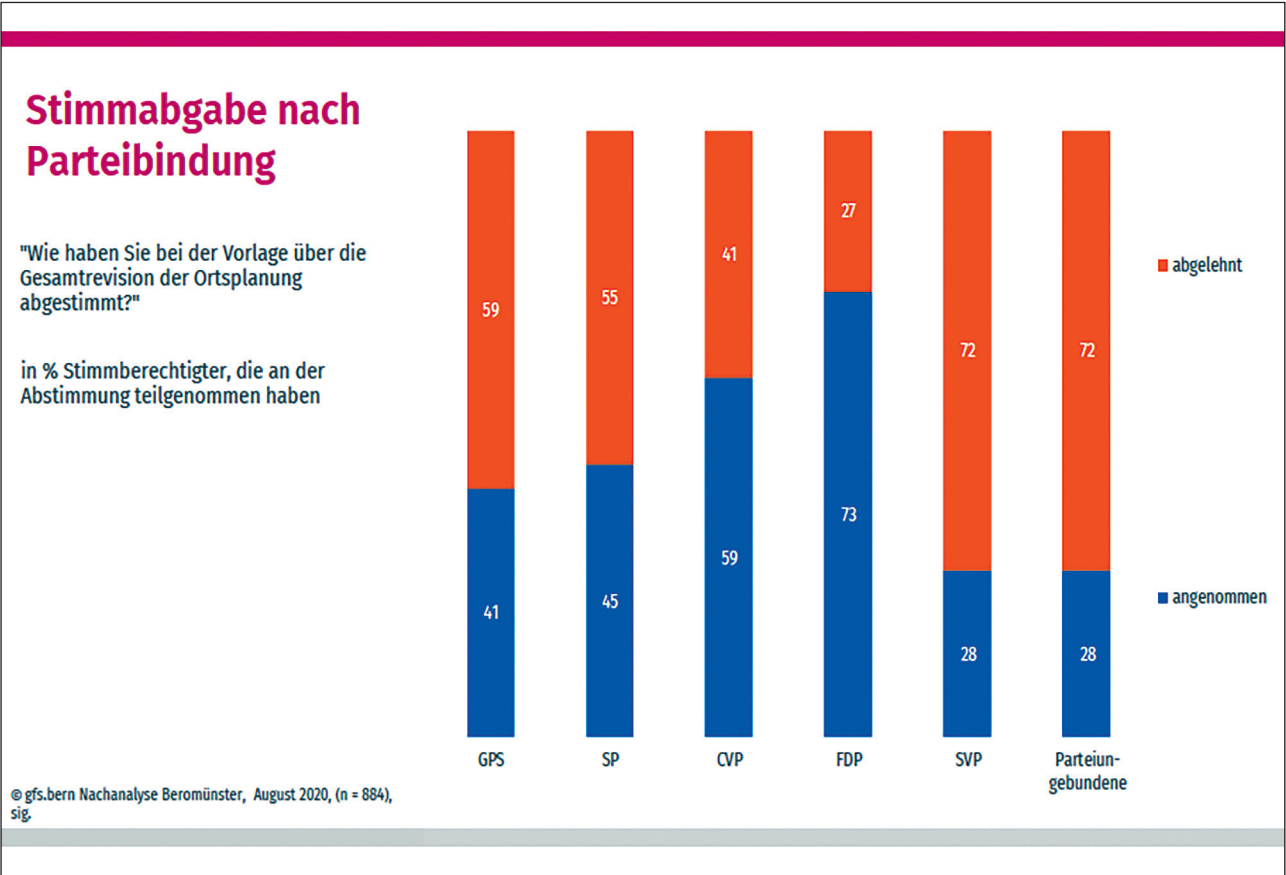
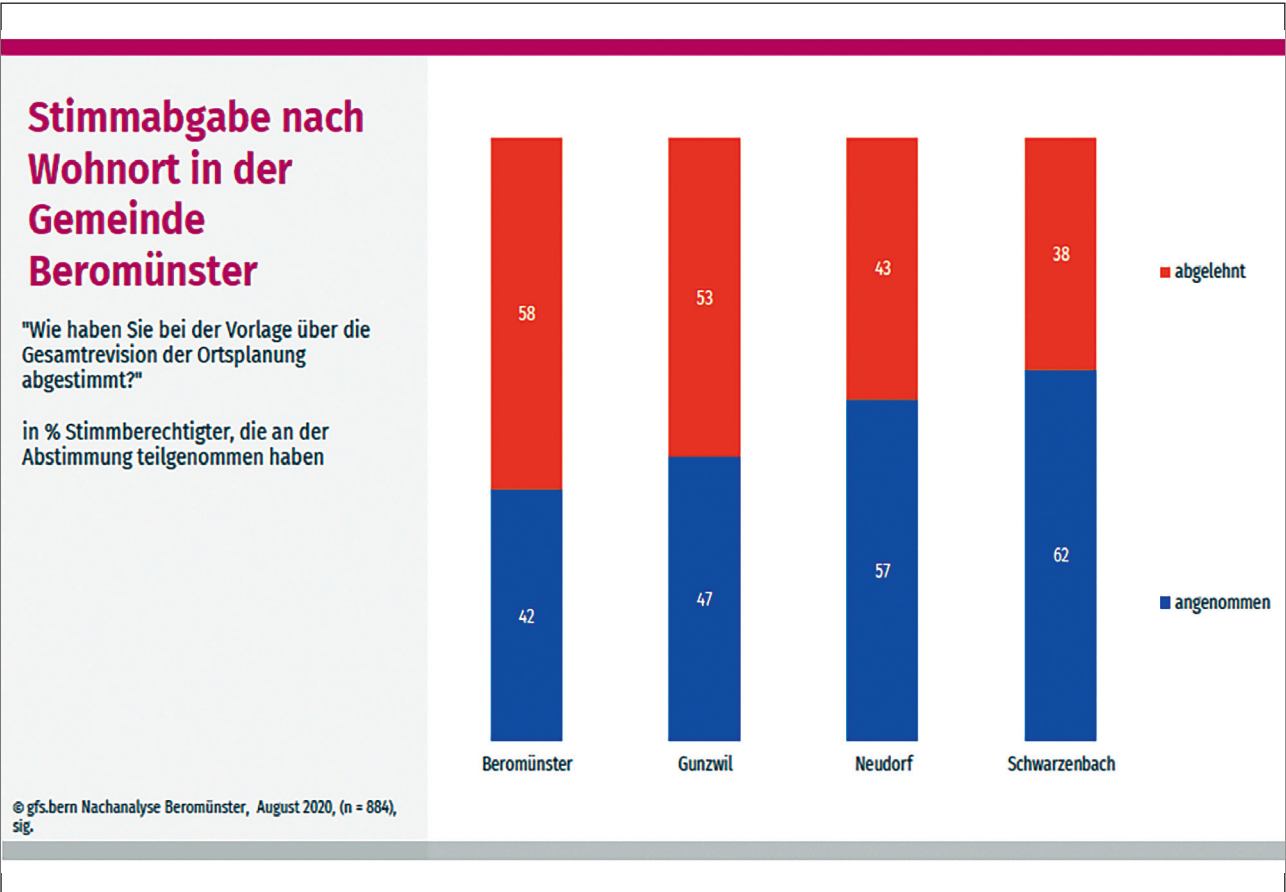
«Drittens scheiterte die Vorlage inhaltlich an einer Mischung zwischen Kritik am Altersheimprojekt und der Vorstellung, dass zuerst alle hängigen Einsprachen erledigt werden müssen», heisst es im Bericht von gfs.bern. Bedenken gegenüber dem Wachstum im Ortsteil Beromünster oder dem Mehrverkehr verstärkten den negativen Stimmentscheid. Zu den drei häufigsten Gründen bei der Ablehnung wurden genannt: «Wachstum im Ortsteil Beromünster», «Geplanter Neubau Pflegewohnheim Bärgmättli» und «Zuerst müssen die hängigen Einsprachen erledigt sein». Im Vorfeld der Abstimmung sorgte der Neubau des Pflegewohnheims Bärgmättli im Bifang für hitzige Diskussionen. Die Umfrage zeigt nun, dass der Neubau nicht grundsätzlich kritisiert wird, dafür bei vielen aber der Standort in Frage gestellt wird. «Gewisse Kreise störten sich am Standort, nur wenige an der Notwendigkeit», heisst es dazu.

Paket war zu gross

Viertens wünschte eine Mehrheit im Hinblick auf einen zweiten Anlauf bei der Ortsplanung an erster Stelle eine Anpassung beim Prozess und erst an zweiter Stelle Anpassungen am Inhalt. Die Umfrage macht den Wunsch der Bevölkerung deutlich, dass sie über die einzelnen Themen auch einzeln abstimmen können. Das Paket war offenbar zu gross. «Insgesamt skizzieren die Stimmberechtigten damit ein Setting, das an der ursprünglich vorgesehenen Gemeindeversammlung besser hätte eingelöst werden können, als im Rahmen des durchgeführten Urnengangs», bilanziert die Analyse. Eine solche Versammlung hätte die gewünschte Staffelung der Themen, das Eingehen auf die offenen Einsprachen, wie auch mehr Informationen und Kommunikation zwischen den Entscheidungen ermöglicht.

«Müssen einfacher kommunizieren»

Mit der Analyse endet ein halbes Jahr der Unsicherheit. Was nimmt der Gemeindepräsident Hans-Peter Arnold von der Umfrage mit. «Die Umfrage sagt einiges aus und gibt wichtige Hinweise, woran gearbeitet werden muss. Es braucht in erster Linie Anpassungen am Prozess und erst an zweiter Stelle Anpassungen am Inhalt. Wir müssen einfacher kommunizieren, aber in einzelnen Bereichen auch tiefer», sagt er spontan auf Anfrage des «Anzeigers Michelsamt». Die Lokalzeitung schnitt bei der Glaubwürdigkeit übrigens gut ab. Die Umfrage zeigt einerseits, dass die Zeitung neben der Abstimmungsbotschaft die grösste Bedeutung zugewiesen wurde und andererseits stuften die Teilnehmer den «Michelsämter» als glaubwürdigste Informationsquelle ein. Wie geht es nun mit der Ortsplanung weiter? Die dreissigköpfige



Begleitgruppe Ortsplanung hat sich nahezu einstimmig dazu ausgesprochen, die Ortsplanungsrevision nicht mehr als Gesamtpaket zur Abstimmung zu bringen. Grossmehrheitlich ist die Begleitgruppe der Ansicht, dass die Beschlüsse zur Ortsplanung an der Gemeindeversammlung gefasst werden sollen. Die Begleitgruppe hat den Gemeinderat beauftragt, bis Ende November Vorschläge für das weitere Vorgehen zu erarbeiten.

Am 9. Dezember trifft sich die Begleitgruppe zur nächsten Sitzung. Was bedeutet dies nun für den zweiten Anlauf bei der Ortsplanung? Werden die Stimmbürger über einzelne Themen abstimmen können? «Es ist zu früh, um zu sagen, wie es nun weitergeht. Wir prüfen zum Beispiel wie der Standort Bärgmättli unabhängig vom Gesamtpaket der Ortsplanung geklärt werden kann», so der Gemeindepräsident. Auch wenn man

nicht ganz bei Null anfängt, so beginnt zumindest der Prozess wieder am Anfang. Nachdem der Gemeinderat nun Vorschläge ausarbeiten wird und diese in Vernehmlassung schickt, folgt nach einer Vorprüfung des Kantons die öffentliche Auflage mit Einsprachemöglichkeit. Am Ende wird die Bevölkerung das letzte Wort haben und über die Ortsplanungsrevision abstimmen.